

# Bismarck als Strategie



## Bismarck als Strategie

### Gedanken zum Spannungsfeld von Politik und Militär im Wechselspiel mit Generalstabschef Moltke

Eberhard Birk/Peter Popp

Publikationen zu Otto von Bismarck (1815-1898) haben stets Konjunktur.<sup>1)</sup> Je nach Geschmack der Autoren, untersucht man außen- oder innenpolitisches Themenfeld und Zeitgeist, oszillieren sie zwischen Apotheose eines Meisters der (diplomatischen) Außen- respektive Macht- oder „Real“-Politik und Verdammnis, ja Diabolisierung als reaktionärer Junker, der den Grundstein für einen „deutschen Sonderweg“ legte. Faszinierend als „Dämon der Deutschen“ bleibt er auch im Jahr seines 200. Geburtstages.<sup>2)</sup>

Dabei deutete von Beginn an nichts auf seine Rolle in der Entwicklung Preußens, Deutschlands und Europas im 19. Jahrhundert hin. Das galt jedenfalls bis zu jenem 23. September 1862, dem Tag seiner Berufung zum vorläufigen preußischen Ministerpräsidenten. Die Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen sollte zwei Wochen darauf, am 8. Oktober 1862, erfolgen. Ganz gleich wie man Bismarck bewertet, der 23. September 1862 sollte in die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland rückblickend als „dies ater“ eingehen. An jenem Tage wies das preußische Abgeordnetenhaus alle Ausgaben zur Heeresreform zurück. Der preußische Heeres- und Verfassungskonflikt nahm seinen Ausgang, und bereits am 30. September 1862 ließ Bismarck keinen Zweifel darüber, wie er diesen Konflikt zu lösen gedachte. Vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses fielen die stenographisch nicht direkt verbürgten berühmten berüchtigten Worte „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut.“<sup>3)</sup> In den folgenden Jahren sollte sich erweisen, dass nicht das Parlament, sondern Bismarck den preußischen Heeres- und Verfassungskonflikt entschied.

Ins Rampenlicht der „Großen Politik“ war Bismarck indessen spätestens am 3. Dezember 1850 getreten, als er rhetorisch geschickt eine preußische Niederlage zu einem Sieg umfunktionierte: Bismarck verteidigte an jenem Tag die Punktation von Olmütz, mit der Österreich und Russland eine Erweiterung des preußischen Herrschaftsgebietes verhinderten, die Preußen in Form der Erfurter Fürstenunion zu erreichen suchte. Der Deutsche Bund, ein Produkt des Wiener Kongresses, blieb also dank der gemeinsamen Intervention Österreichs und Russlands bestehen, ohne zuvor durch die Revolution von 1848/49 und durch bisheriges preußisches Machtstreben beendet worden zu sein. Bismarck sollte 1866/67 schließlich das erreichen, was dem preußischen Monarchen Friedrich Wilhelm IV. 1850 versagt geblieben war: Die Neutralisierung des Faktors „Österreich“ als aktive Größe bei der Gestaltung der deutschen Verhältnisse.

Nach seiner 1862 vor dem Hintergrund des preußischen Verfassungskonfliktes und der Heeresreform des Kriegsministers Albrecht von Roon erfolgten Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten trug Bismarck zunächst politische Verantwortung in drei Kriegen innerhalb von sieben Jahren sowie anschließend als deutscher Reichskanzler und zugleich preußischer Ministerpräsident in 19 Friedensjahren. Dieser vermeintlich deutliche Bruch zwischen einer Bereitschaft zur Kriegführung und einer aktiven Friedenspolitik indes versperrt den Zugang zu einer komplexeren Problematik.

Denn selbst wenn Geschichte nie teleologisch von einem Ereignis zu einem später folgenden führen muss, so bietet das Verhältnis von Politik und Militär im Zeitraum der diplomatischen und militärischen „Reichseinigung“ (und darüber hinaus bis zum Rücktritt Bismarcks als Reichskanzler) ein „Biotop“ für exemplarische Untersuchungen.

Friedrich der Große formulierte bereits 1748 in seinen „Generalprinzipien vom Kriege“ als grundlegende Einsicht in den Themenkomplex:

„Politik und Kriegskunst müssen sich beim Entwerfen von Feldzugsplänen die Hand reichen.“<sup>4)</sup> Was bei einem roi connétable, der Personalunion von Monarch und Feldherrn - sei es bei einem Friedrich oder Napoleon -, einfach und geradezu automatisch der Fall ist, gestaltete sich in allen anderen, diesen folgenden „Fällen“ als Grundproblem politischer und militärischer Führung.

Das Ringen um diese essenziellen Grundfragen staatlichen Handelns kann im Preußen des 19. Jahrhunderts nicht losgelöst von Entwicklungen betrachtet werden, die (1.) eine lange Vorgeschichte - bis in die Zeit des „Großen Kurfürsten“ - haben und (2.) geradezu idealtypisch anhand von zwei Personen verkörpert werden: Bismarck als virtuos wirkender Praktiker politischer Strategie und Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke (1800-1891) als souveräner Praktiker militärischer Strategie und Operationsführung.

Sie bilden die beiden Pole respektive ein Spannungsfeld, in dem es - konkret formuliert - zu exemplifizieren gilt,

1. welche Vorstellungen über das Verhältnis von „Krieg und Frieden“ die Grundlage politischer und militärischer Strategie bilden, 2. unter welchen Bedingungen Politik durch Krieg zu Zielen führen kann, die zumindest auf dem Kontinent auch für die anderen Mächte verkraftbar sind sowie

3. wie das Instrument durch die Politik zu führen ist - zu Beginn, während und bei der Beendigung eines Krieges.

Hierbei sollen die grundsätzlichen Überlegungen von Bismarck sowie die mehr als gelegentlich ersichtliche Bestreitung der Dominanz des Politischen während des Krieges durch den preußischen Generalstabschef Moltke, vornehmlich in der Zeit der „Reichseinigungskriege“, im Mittelpunkt stehen.

## Bismarck

Bismarcks außenpolitisches Denken und Handeln fußte auf grundlegenden innenpolitischen Prämissen, denen axiomatischer Charakter zukam und die - ergo - zugleich auch Zielsetzung seiner Politik bildeten:

1. die Verankerung der Prerogative des preußischen Monarchen jenseits parlamentarischer Einflussnahme,
2. die Sicherstellung des Primats der Politik in Gestalt seiner, sprich Bismarcks, Person und
3. damit die Instrumentalisierung des Militärs je nach Belieben seiner Vorstellungen.

Wie für Bismarck der Krieg ein legitimes Mittel der (Außen-) Politik war, so war er durchaus auch bereit, das Militär in der Innenpolitik einzusetzen; für den Fall, dass die konstitutionelle Monarchie in Gefahr war und Mehrheiten im Parlament zugunsten dieser nicht mehr durch seine eigenen „Kniffe“ zu organisieren waren. Tatsache aber ist auch, dass Bismarck nach seiner Demission grundlegende Zweifel kamen, ob es tatsächlich so gut war,

1. eine konstitutionelle Monarchie mit potenzieller Weiterentwicklungsmöglichkeit in Richtung Militärmonarchie bzw. in Richtung quasi-präsidiales monarchisches System nach Vorbild des bonapartistischen Frankreich unter Napoleon III. derart zu verankern,

2. auf dass sich der Primat der Politik, repräsentiert durch ein Parlament mit wirklicher Finanzhoheit, nur mühsam, d.h. gegen erhebliche Widerstände der „alten Ordnung“ würde entwickeln können.

Welcher der drei oben aufgeführten grundlegenden innenpolitischen Prämissen zeitweise Priorität zukam, kann hier allenfalls angerissen werden. Dass es phasenweise unterschiedliche Prioritäten gab, ist Beleg für die Flexibilität Bismarck'schen Politikverständnisses, dessen Volten sowohl für Bismarcks Sympathisanten als auch für dessen Gegner unterschiedlichster Couleur immer auch eine Herausforderung bildeten. Als Beleg dafür mag hier nur die Entfremdung der Gebrüder Gerlach von ihrem „reaktionären“ Kompagnon Bismarck stehen.<sup>5)</sup> Bismarcks politischer Kurs vom Scheitern der Frankfurter Reichsverfassung an der zur Parlamentarisierung Preußens sowie Deutschlands unfähigen Monarchie in den Apriltagen des Jahres 1849 bis zur Ausrufung des (klein)deutschen Kaiserreiches am

18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles war lediglich in historischer Rückschau und dies auch nur in Makroperspektive ein widerspruchsfreier „gerader“ Weg. Auch wenn es die von Bismarck selbstgestrickte Legende in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ suggerierte: sein Kurs verkörperte alles andere als eine Gerade im strikt geometrischen Sinne, also die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten.<sup>6)</sup>

Bismarcks kurvenreicher politischer Kurs hin zur Reichsgründung ist Gegenstand kontroverser Historikermeinung. Ziele er stringent auf die Etablierung des Deutschen Kaiserreiches als Fürstenbund, und wenn dem so ist, ab wann war es tatsächlich der Fall: Bereits im Herbst 1862, als Bismarck sein Amt als Preußischer Ministerpräsident antrat? Ab Juli 1866, als Österreich mit der Schlacht von Königgrätz besiegt und mit der Zerschlagung des Deutschen Bundes und der Einrichtung des Norddeutschen Bundes „aus Deutschland durch Preußen herauskatapultiert“ worden war? Oder gar erst unmittelbar vor Beginn des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71, also im Juni 1870, als mit der Emser Depesche die Stimmung beiderseits des Rheines auf einem Siedepunkt angelangt war?<sup>7)</sup>

Wenn man der Auffassung zuneigt, Bismarck habe einen Masterplan zur Etablierung „Großpreußens als Kleindeutschland“ in Händen gehalten, so ist gleichzeitig damit die Frage verbunden, inwieweit und ab wann Bismarck zum Präventivkrieg gegen Frankreich bereit gewesen ist. Kurzum: Ist der spätere „Friedenskanzler“ nicht bis zu seiner („Selbst-“) Ernennung als Reichskanzler nicht ein sehr geschickt operierender, letztlich aber doch aggressionsorientierter „Präventivkrieger“ gewesen, der eher Adolf Hitler als „notwendige Konsequenz“ denn Friedrich II. („den Großen“) als bewunderten Vorgänger hätte? Mit dieser Fragestellung ist natürlich zwingend auch die Kontinuitätsproblematik in der deutschen Geschichte aufgeworfen.<sup>8)</sup>

Die folgende Betrachtung nimmt in den Blick den Zeitraum bis zur Reichsgründung, dies allerdings eingedenk der warnenden Feststellung des Historikers Jost Dülffer, wonach „jene dichotomische Scheidelinie von 1870 (...) zu starr“ sei.<sup>9)</sup> Für Bismarck gehörte es zur preußischen *raison d'être*, (1.) Österreich als Kontrahenten aus einem deutschen Staatenverband wie auch immer gearteter Form zu verbannen und (2.) kein zweites Märzereignis des Jahres 1848 deutschlandweit zuzulassen: also weder das Versagen preußischer Truppen auf den Lichtenberger Barrikaden zu Berlin noch das temporäre Einknicken der Hohenzollern in Richtung parlamentarische Monarchie zu wiederholen. Das waren Bismarcks politische Ziele, von denen das erste im Jahr 1866 in Erfüllung gehen sollte. Das zweite scheiterte mit dem Spätsommer/Herbst des Kriegsjahres 1918.

Politik war für Bismarck alles andere als eine exakte Wissenschaft. Das heißt, wenn der Strategie Dinge cartesianisch exakt berechnet und damit ein politisch-militärisches Koordinatensystem entwirft, so war Bismarck in diesem Sinne kein Strategie! Andererseits ordnete Bismarck die Strategie immer und durchwegs dem Politischen zu. Denn Politik als die „Kunst des Möglichen“ führte nach Bismarcks Verständnis zu wahrer „Staatskunst“.

Rationalistisch-kalkulierend jedenfalls war diese Sichtweise bestimmt nicht, wie folgende direkte Aussagen Bismarcks zu dem, was Politik bedeute, belegen:

1. „Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst; sie lässt sich nicht lehren, man muss dafür begabt sein. Auch der beste Rat nützt nichts, wenn es nicht in der richtigen Weise ausgeführt wird.“
2. „Politik ist eben an sich keine logische und keine exakte Wissenschaft, sondern sie ist die Fähigkeit, in jedem wechselnden Moment der Situation das am wenigsten Schädliche oder das zweckmäßigste zu wählen.“
3. „Die Deutschen können sich, weil sie eben noch kaum der politischen Kinderstube entwachsen sind, nicht daran gewöhnen, die Politik als eine Wissenschaft des Möglichen zu betrachten.“
4. „Die Politik erfordert vor allem die Fähigkeit, in jeder neuen Situation intuitiv zu erkennen, wohin der richtige Weg geht. Der Staatsmann muss die Dinge rechtzeitig herannahen sehen und sich darauf einrichten ... Ein unerlässliches Requisite des Staatsmannes ist die Geduld. Er muss warten können, bis der richtige Moment herangekommen ist und darf nicht überstürzen, selbst wenn der Anreiz noch so groß ist.“
5. „Auch die richtige Beurteilung des Gegners ist für den Erfolg unerlässlich. Hier heißt es Vorsicht üben. Man darf nie einen Schachzug in der vollständig sicheren Voraussetzung tun, dass der andere Mitspieler einen gewissen Zug machen werde. Denn es kann kommen, dass dieser Zug doch nicht erfolgt, und dann geht die Partie leicht verloren. Man muss immer mit der Möglichkeit rechnen, dass der Gegner im letzten Moment anders, als erwartet zieht und sich darauf einrichten. Mit anderen Worten: man muss stets zwei Eisen im Feuer haben.“<sup>10)</sup>

Wie weit lässt sich Bismarck als Strategie im Clausewitz'schen Sinne erfassen? Wenn man sich an Clausewitz' berühmtem Diktum „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ orientiert, so spricht sehr vieles, ja eigentlich alles dafür - sofern man mit berücksichtigt, dass für Clausewitz der Krieg als Volkskrieg kein unbedingt wünschenswerter Zustand und der Krieg allenfalls als mittels der Diplomatie zeitnah zu beendender Kabinettskrieg erträglich war!

Endet die Politik mit dem Beginn des Krieges? Steht der Krieg für eine Zäsur? Für Clausewitz gilt in beiden Fällen das „Ja“. Denn unverkürzt lautet seine oftmals nur verkürzt zitierte Aussage über den Krieg: „Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel (...), um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas anderes verwandelt wird, sondern dass er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient.“<sup>11)</sup>

Bismarck hätte diesen Satz unterschreiben können, verbunden mit dem Einwand aus der praktischen Lehre, dass es sehr schwierig ist, einen Krieg in Würde zu beenden. 1866 sollte es ihm mit dem Nikolsburger Vorfrieden (26.7.) und dem Prager Frieden (23.8.) gegenüber Österreich gelingen, 1871 mit dem Frankfurter Frieden (10.5.) gegenüber Frankreich misslingen!

Krieg bedeutete Bismarck auf alle Fälle ein Mittel der Politik; ja bis 1870/71 sogar das Mittel der Politik. Bismarck war im Unterschied zu Clausewitz eben kein Militärtheoretiker, sondern bewusster politischer Akteur. Nicht zu verkennen: Beide waren keine Zeitgenossen. Clausewitz war ein Kind der Spätaufklärung, Bismarck ein Zeitgenosse der zur politischen gewordenen Romantik. Das heißt, das rein „mechanische“ Denken und Handeln in der Politik, welches bei Clausewitz keinerlei Aversionen auslöste, war Bismarck zuwider. Verkürzt ließe sich als Gegensatz aufstellen: Hier der noch immer Rationalist Clausewitz, da der Politiker mit Ratio und Emotio Bismarck, der freilich unter großer Selbstkontrolle in den entscheidenden Momenten gerade nicht zum politischen Romantiker eskalierte. Wäre es so gewesen, die „Reichsgründung von oben“, sein Deutsches Kaiserreich also, wäre nicht zustande gekommen.

Sowohl Clausewitz als auch Bismarck waren Realisten. Beiden ging es um die Zähmung der „Bellona“, Bismarck allerdings ging es zuvor um die bewusste Instrumentalisierung der „Bellona“ durch die Politik, die er selbst repräsentierte. Militärischen Entscheidungsträgern war damit eine eindeutig der Politik untergeordnete, ja dienende Rolle zugeschrieben. Natürlich muss dabei auch in Rechnung gestellt werden, dass Bismarcks Wirkungsradius als preußischer Ministerpräsident doch von anderer Natur war als der des Kanzlers des Reiches, das so ohne ihn nicht zustande gekommen wäre.<sup>12)</sup>

Wie sehr Bismarck den Krieg als Mittel der Politik schätzte, belegt folgende Passage aus der Kreuzzeitung vom 13. November 1850: „So lange Preußen, dem schwarz-weißen Preußen, nicht die mit Österreich überall gleiche und vor allen übrigen bevorzugte Berechtigung in Deutschland durch klare und vollgültige Verträge gesichert ist, so lange wollen auch wir Krieg“.<sup>13)</sup>

Direkt formuliert: Solange Österreich die erste Geige im Deutschen Bund spielte, könne es für Preußen keinen friedlichen Zustand geben. Offizielle preußische Politik wurde dies allerdings erst ab Herbst 1862, und auch da bis Frühjahr 1866 gegen erhebliche Widerstände! Zur besseren politischen Einordnung der Aussage sei vermerkt, dass sich dabei für den nicht-liberalen und nicht-sozialistischen, i.e. den konservativen, Teil der Öffentlichkeit kaum die Frage stellte, ob Bismarck mit dem „schwarz-weißen Preußen“ wirklich das Preußen der spätabolutistischen Monarchie jenseits des Reformwerkes von 1807/14 oder das der Junker meinte. Als „weißer Revolutionär“ (Lothar Gall) war er alles andere als ein Reaktionär, nicht minder als „Magier der Macht“ (Jonathan Steinberg). Reaktionäre sind nämlich qua definitionem alles andere als politisch phantasiereich bzw. machttechnisch innovativ, und beides war Bismarck!<sup>14)</sup>

Kurz und knapp: Letzteres nicht zu 100%, ersteres überhaupt nicht. Bismarck selbst war kein Anhänger der absolutistischen Monarchie,

genauso wenig wie er ein Anhänger der parlamentarischen Monarchie nach britischem Vorbild während seiner aktiven Zeit als Politiker werden sollte. Für ihn stellte die konstitutionelle Monarchie mit einem für die Krone unerlässlichen, weil vom Parlament und damit von der Gesellschaft (so der Wunsch!) nicht abhängigen und damit mit institutioneller Gestaltungskraft als Staatslenker versehenen Ministerpräsidenten /Reichskanzler die Ideallösung im preußischen wie deutschen Rahmen dar.<sup>15)</sup>

Die konstitutionelle Monarchie war für ihn faktisch der Garant dafür, dass der Primat der Politik gegenüber dem Militär existierte. Ob sie ein guter Garant war, wird am Beispiel Moltkes aufzuzeigen sein. Es sei hier nur angesprochen, dass Bismarck als Hüter des Primats der Politik nicht das alleinige Immediatrecht beim Monarchen hatte, d.h. die Möglichkeit jederzeit vorzusprechen. Kurzum, es hing sehr von den jeweiligen Akteuren ab, sodann vom Faktor Gesellschaft und den Mentalitäten. Das konstitutionelle System sollte sich nicht als fähig erweisen, den Primat der Politik in „Stresssituationen“ - konkret dann im Ersten Weltkrieg! - zu gewährleisten.<sup>16)</sup>

Bismarck befürwortete vor und nach 1870/71 den Krieg als Mittel der Politik. Doch er forcierte ihn weder davor noch erst recht nicht danach „als Kunst um der Kunst willen“. Der Vorstellung eines Richard Wagner oder eines Julius Langbehn (des so genannten Rembrandt-Deutschen), wonach „Deutsch sein“ bedeute, „eine Sache um ihrer selbst willen zu tun“, war Bismarck gänzlich abhold.<sup>17)</sup> Dies belegt rhetorisch und danach ganz konkret die überzeitlich gültige Passage aus Bismarcks berühmter Olmützer Rede vom 3. Dezember 1850. Hier legt er unverblümt seine in protestantisch-pietistischer Ethik gründende Handlungsmaxime - situativer Opportunismus seiner konkreten Politik hin oder her! - dar. Sie sollte gelten bis zu seinem durch Wilhelm II. erzwungenen Abgang aus der aktiven Politik: „Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.“<sup>18)</sup>

## Moltke

Moltkes Weg an die Spitze des preußischen Generalstabs war alles andere als vorgezeichnet.<sup>19)</sup> Es war durchaus eine Stärke Preußens, dass in besonderen Situationen auch Offiziere mit „Migrationshintergrund“ führende Positionen einnehmen konnten. So war es bei Scharnhorst und Gneisenau während der Reformzeit und der „Befreiungskriege“ gegen Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts,<sup>20)</sup> so war es bei Moltke, der aus dänischen Diensten kam und in der großen Umbruchszeit zur Mitte des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund der revolutionären Veränderung des Kriegswesens im Zuge der Industriellen Revolution<sup>21)</sup> Generalstabschef wurde.

Selbst wenn er später auch als „der große Schweiger“ und Idealtypus des „gebildeten Offiziers“ verklart wurde, so darf auch nicht übersehen werden, dass er ebenfalls einer der ganz wenigen preußischen Offiziere war, der im „halben Friedensjahrhundert“ der preußischen Armee zwischen 1815 und 1864 über „Einsatzerfahrung“ verfügte, war er doch als Berater des Sultans Mahmud II. während dessen Feldzug gegen die ägyptischen Truppen Mehmet Alis auch in der Schlacht von Nizip am 24. Juni 1839 dabei.

Während über seine Bedeutung als Planer, Denker und Praktiker auf dem Feld militärischer Strategie und Operationsführung,<sup>22)</sup> selbst wenn er kein systematisches Werk hinterlassen hat, nie ernsthaft Meinungsverschiedenheiten entstanden sind - vielmehr Unmengen an zeitlosen Postulaten dechiffriert und als Ableitungen in spätere Zeiten vorgenommen worden sind -, so wurde sein Verständnis der Wechselwirkung von politischer und militärischer Strategie lange Zeit weitaus weniger betrachtet.

Einerseits ist dies dadurch zu erklären, dass einem militärischen Führer, überdies im Falle Moltkes verbunden mit überwältigenden Waffenerfolgen in drei kurz aufeinander folgenden Kriegen, die letztlich zur Erfüllung politischer Träume einer Vielzahl Deutscher führten, in „seinem Metier“ als second to none im militärischen und politischen Raum Verehrung entgegengebracht wurde - zumindest bis 1945.

Andererseits konzentrierten sich gelegentliche Versuche zur Renaissance operativen Denkens in der Zeit der bipolaren Systemkonfrontation des Kalten Krieges eben nur auf den genuin militärischen Raum; dies indes nicht zuletzt deshalb, weil elementare (sicherheits-)politische Fragen weit oberhalb des Nationalen auf der Ebene der NATO diskutiert wurden.

Gleichwohl scheint es notwendig, gerade die „Scharnierstelle“ zwischen politischer und militärischer Strategie erneut zu betrachten: aufgrund (1.) ihrer generellen Bedeutung und (2.) der Tatsache, dass Moltke genau auf diesem Terrain eben der relevante „Gegenspieler“ Bismarcks war und deren mehrfach ausdiskutierten Friktionen nicht nur die jeweiligen Profile schärften, sondern gleichzeitig auch auf ein Grundproblem der Folgezeit verweisen.

Während es für Moltke vollkommen klar war, dass die Politik die Führung der Diplomatie sowohl im Vorfeld eines Krieges wie auch an dessen Ende innehat, so bestritt er diesen Sachverhalt während eines Krieges, noch mehr bei laufenden Operationen.<sup>23)</sup> Hier sollte es alleine der Führung des Feldherrn obliegen, wie die Planung und Durchführung auf strategischer, operativer und taktischer Ebene auszusehen hat. Schließlich wisse dieser besser als „der Politiker“ wie der Feind - gemäß den vorherrschenden Lehren der Kriegskunst - wehrlos zu machen sei. Daher wollte er politische Erwägungen nur im Ausnahmefall während eines Krieges dulden, nämlich dann, wenn sie (1.) nichts „militärisch Unzulässiges oder Unmögliches beanspruchten“<sup>24)</sup> oder - unausgesprochen - (2.) eine neue strategische Lage durch Veränderung bei den kriegführenden Mächten entstand. Dass indes die Wehrlosmachung nicht immer das Ziel übergeordneter Politik sein musste, wurde bei Moltke nie gänzlich durchdacht.

Über Politik im aktuellen Tagesgeschäft ging es in Moltkes Denken nie. Aktuelle Politik war für ihn nur insofern relevant, als sie sich - bei größeren strategischen und sicherheitspolitischen Veränderungen - auf die Aufmarschpläne des Generalstabes auswirkten. Hierbei agierte er jedoch sehr viel moderner als sein Vorgänger im Amt, General der Kavallerie Karl von Reyher, der konkrete strategische und operative Planungen erst mit Eintritt der Kriegswahrscheinlichkeit beginnen wollte.

Trotz aller politischer Absicherung und präzise ausgearbeiteter Aufmarschpläne war sich Moltke darüber im Klaren, dass mit Überschreiten der Grenze zwischen Frieden und Krieg die „Nebel der Ungewissheit“ den reibungslosen Ablauf seiner Grundüberlegungen gefährden würden:

„Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus.“<sup>25)</sup> Dennoch wollte Moltke, und dies unterschied ihn auch von Bismarck, nach Möglichkeit durch exakte Planung Handlungssicherheit schaffen. Für den strategisch denkenden und handelnden Politiker gilt es hingegen, Eventualitäten und politisch-diplomatische „Friktionen“, die insbesondere auch bei laufenden Mobilisierungsvorhaben verstärkt die „Krisendiplomatie“ bestimmen, flexibel auszunutzen. Daraus erwuchs perspektivisch die strategische Divergenz zwischen Politik und militärischer Strategie: Improvisation bei Kenntnis der Interessen im Politischen einerseits (Bismarck) und Minimierung der Friktionen durch absolute Präzision in der Planung des Militärischen andererseits (Moltke).

In Krisenzeiten, die aufgrund von eingenommenen Positionen Entscheidungen hervorbringen, kristallisiert sich in der Regel meist deutlich heraus, wie sich die grundsätzlichen Sichtweisen unterscheiden - so auch zwischen Bismarck und Moltke in den drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71.

Bereits bei der Belagerung der Düppeler Schanzen 1864 trafen die unterschiedlichen Positionen in nuce das erste Mal auf.<sup>26)</sup> Für Moltke war die Belagerung und Erstürmung der Schanzen eine Verschwendung der Ressourcen Zeit und Personal. Für Bismarck hingegen ging es darum, (1.) einen greifbaren militärischen Erfolg öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, um damit sowohl die Notwendigkeit der Roon'schen

Heeresreform<sup>27)</sup> und seinen „Verfassungsbruch“ nachträglich zu legitimieren sowie (2.) durch einen deutlichen Erfolg zu verhindern, dass Großbritannien durch die Einberufung einer internationaler Konferenz eine Auseinandersetzung innerhalb des Deutschen Bundes zu einer europäischen Frage machen kann.<sup>28)</sup> Dies hätte Bismarcks spätere Ambitionen erheblich verkompliziert.

Somit wurde Bismarck im konkreten Fall zu einem energischen Befürworter eines taktischen Erfolges, der unmittelbare politische Folgen hatte als ein von Moltke präferierter operativer Erfolg zu späterer Zeit, der dann die politische Lage des Königreiches erheblich komplizierter hätte gestalten können. Indes verfügte Moltke zu diesem Zeitpunkt - wie übrigens bis 1866 - noch nicht über eine entsprechende Reputation,<sup>29)</sup> um ernsthaft damit rechnen zu können, sich beim Monarchen gegenüber Bismarck durchsetzen zu können.

Im deutschen Bruderkrieg von 1866<sup>30)</sup> trafen die beiden gegensätzlichen Auffassungen wieder aufeinander, sowohl auf dem Neben- wie auch auf dem Hauptkriegsschauplatz. Zunächst zur weniger bekannten Begebenheit auf dem „Nebenkriegsschauplatz“: Auf dem süddeutschen

Kriegsschauplatz der preußischen Mainarmee gegen zwei Korps des Bundesheeres siegten die Preußen unter dem Kommando des Generals Vogel von Falckenstein am 10. Juli 1866 gegen das VII. (bayerische) Korps bei Kissingen, worauf dessen Befehlshaber, Prinz Karl von Bayern, seine Truppen bis auf Schweinfurt zurücknahm.<sup>31)</sup> Falckenstein wandte sich mit der „Freiheit des Handelns“ nach den einfachen Anfangserfolgen gegen eine schwache bayerische Armee anschließend nach Westen, weniger, um die noch vollkommen intakten Kräfte des VIII. Korps unter Prinz Alexander von Hessen zu verfolgen, als vielmehr um Frankfurt in seinen Besitz zu bringen. Dabei folgte er Bismarcks Absicht, möglichst viele Gebiete nördlich des Mains unter preußische Gewalt zu bringen, um bei künftigen Verhandlungen ein Faustpfand zu besitzen.<sup>32)</sup> Hier spielte für Bismarck natürlich auch eine Rolle, dass der Gesamtkrieg ein Krieg Preußens gegen den Deutschen Bund war - und die Einnahme der Bundeshauptstadt Frankfurt daher auch eine symbolische Bedeutung hatte, mit der Politik gestaltet werden kann. Allerdings missachtete Falckenstein dadurch die Weisung Moltkes, der zwar - der allgemeinen politischen „Stoßrichtung“ geschuldet - genauso wie Bismarck ein energisches, raumgreifendes Vorgehen favorisierte. Aus seiner Perspektive als militärischer Führer indes galt es, die „angeschlagenen“ Truppen des VII. Korps zu zerschlagen. Falckensteins eigenmächtiges Handeln jedoch gab dem VII. Korps eine „Verschnaufpause“. Kurz nach der Einnahme von Frankfurt am 16. Juli wurde er daher seines Kommandos enthoben und durch General Edwin von Manteuffel ersetzt, von dem sich Moltke eine energischere Weiterführung der Operationen erhoffte.<sup>33)</sup> Dieser „Führungsdisput“ hatte zwei Dimensionen: erstens missfiel Moltke das eigenmächtige Eingreifen Bismarcks - vorbei an der militärischen Hierarchie. Für ihn war das politische Eingreifen in militärische Notwendigkeiten während des Krieges außerhalb jeglicher militärischer Rationalität. Die causa Falckenstein war jedoch keine „kriegswichtige“. Der Krieg war durch Königgrätz entschieden. Das Verhältnis zwischen Moltke und Falckenstein war - zweitens - darüber hinaus zerrüttet. Für Falckenstein waren Moltkes Grundlagen operativen Führens jene eines „grauen Theoretikers, der nicht einmal eine Kompanie geführt hatte“.<sup>34)</sup> Moltke hatte mit ihm also noch eine „alte Rechnung offen“.<sup>35)</sup> Diese Episode zeigt, dass Moltke im militärischen Raum auf seine Autorität pochte.

Wenn jedoch politische Implikationen an der Tagesordnung waren, hatte er sich gegenüber Bismarck, der letztlich bei seinem Monarchen Wilhelm I. Rückendeckung besaß, zurückzunehmen. Dieser Sachverhalt zeigte sich weniger während des Feldzuges oder der Schlacht bei Königgrätz<sup>36)</sup> als vielmehr nach Beendigung des Krieges. Der Absicht des Monarchen und Moltkes, mit einem Triumphzug durch Wien den preußischen Waffenerfolg zu feiern, stellte sich Bismarck mit seiner Rücktrittsdrohung entgegen. Der militärische Erfolg war erzielt und offensichtlich; eine machtpolitische Demütigung des Kontrahenten aber war für ihn keine kluge Politik, die sich unmittelbar nach dem Krieg mit der Gestaltung einer tragfähigen (bündnispolitischen) Zukunft zu beschäftigen hatte. Schließlich waren, da machtpolitische Veränderungen im Zuge gewaltsamer Lösungen der „deutschen Frage“ in Zentraleuropa stets auch eine „europäische Frage“ darstellten, mögliche Interventionen des russischen Zaren- und französischen Kaiserreiches politisch-diplomatisch abzuwenden.<sup>37)</sup> Insbesondere die Position Frankreichs im politischen Koordinatensystem zwang zur Bescheidenheit. Für Bismarck ging es in erster Linie darum, Vorkehrungen zu treffen, auf dass die Habsburgermonarchie nicht in eine potenzielle anti-preußische Allianz mit Frankreich gedrängt werde.

Dass der Disput zwischen Bismarck und Moltke auch im deutsch-französischen Krieg 1870/71 erneut aufbrach, lag daher folglich in der Natur der Dinge. Und Moltkes Stellung wurde stärker, weniger beim Monarchen als vielmehr bei seinen Generalen und Generalstabsoffizieren.<sup>38)</sup> Sowohl der Verlauf der Mobilmachung als auch die gewaltigen operativen Erfolge bis hin zur Zerschlagung sämtlicher feldverwendungsfähigen französischen Truppen und dem Höhepunkt preußischer Führungskraft bei Sedan am 1. September 1870 schufen für ihn jene Voraussetzung, seine Position mit jener Bismarcks erneut zu vermessen.

Solange die Operationen noch liefen, lehnte er daher einen förmlichen Kriegsrat ab und wollte zudem die Anwesenheit Bismarcks bei Lagevorträgen vor dem König verhindern. Für den preußischen Ministerpräsidenten waren derartige Haltungen aufgrund seiner Einsicht in die sich weiterentwickelnde internationale Lage dysfunktional, wusste er doch, wie schwierig es für ihn im Vorfeld des Krieges war, die unterschiedlichsten Akteure außerhalb des Krieges zu halten<sup>39)</sup> - um wie viel musste ein längerer Krieg deren Begehrlichkeiten stärken? Für ihn ging es deshalb darum, „auch nach andern Richtungen zu sehen“<sup>40)</sup> - und dies waren die (außen-)politisch-strategischen!

Bereits bei der Schlacht von Sedan traten beider Grundüberzeugungen wieder offen zutage. Für Bismarck war der Sieg über das kaiserliche französische Heer „genug“. Im Sinne seiner politischen Architektur konnte er das französische Kaiserreich durchaus erhalten. Eine Weiterführung auf ganz anderer Grundlage - wie sie dann auch nach dem Sturz des Kaiserreiches durch Gambetta erfolgte - war für ihn ein Alptraum. Als homo politicus wusste er intuitiv, dass ein restloser militärischer Erfolg eine Katastrophe für seine Politik darstellen konnte. Andererseits zeigte der weitere Verlauf des Krieges, dass Bismarck - und hier im Gegensatz zu Moltke - durchaus auf einen maximalen militärischen Kraftansatz drängen konnte. Paris wollte er beschließen lassen. Die provisorische Regierung Frankreichs sollte so von der Pariser Bevölkerung zum Frieden gedrängt werden, den Bismarck dann zu seinen Bedingungen diktieren konnte. Zudem befürchtete er bei einem sich in die Länge ziehenden Krieg diplomatische Einmischungen Großbritanniens, Österreichs und Russlands. Auch dies zeigt, wie sehr Bismarck militärische Mittel in einer seiner Politik dienenden Funktion sah.

Inwieweit neben „fachlichen“ Erwägungen im Hinblick auf die Politik (Bismarck) respektive das Militärische (Moltke) auch persönliche Animositäten ihren Ausdruck fanden, kann aufgrund des gänzlich unterschiedlichen Naturells beider Protagonisten nur vermutet werden. Erstaunlich tief sinnig brachte der badische Großherzog Friedrich I. den generellen Disput der beiden in der Aufzeichnung einer Conseil-Sitzung vom 26. Januar 1871 zu Papier. Für ihn entstanden die Friktionen, „da die politischen Interessen von militärischer Seite nicht verstanden werden wollten und den militärischen Interessen von politischer Seite die rechte Würdigung versagt wurde.“<sup>41)</sup> Diese grundsätzlich gegenläufigen Ansichten von Bismarck und Moltke wurden - auch im Interesse der Staatsraison - der Öffentlichkeit erst später bekannt. Und solange Bismarck als Ministerpräsident und dann Reichskanzler die Zügel der Politik unter seiner Kontrolle hatte, spielten deren unterschiedliche Positionen auch keine Rolle.

## Reflexion

Bismarck und Moltke wurden insbesondere durch ihr Handeln in der kurzen Epoche der „Reichseinigungskriege“ zu politischen und militärischen Helden der kleindeutsch-borussischen (Militär-)Geschichtsschreibung. Bismarck war als (politischer) Strategie in seiner Zeit - unabhängig von den moralischen Größen der Politik - als Realpolitiker, orientiert an der „Kunst des Möglichen“ und zumindest zeitweise zu seinen Lebzeiten sowie gemessen an seinen Nachfolgern im Reichskanzleramt bis 1918, auch schwerlich widerlegbar „unübertroffener“ Außenpolitiker.

Mit seinen Ansichten über den Kern des „Politischen“ stand er die meiste Zeit aber nicht nur im Gegensatz zu seinen politischen Gegnern im Inneren wie im Äußeren, sein „Gegenspieler“ an der Schnittstelle zum „Militärischen“ war Moltke als Generalstabschef der preußischen Armee. Bismarck, der wohl wusste, dass der preußische General und „Theoretiker des Krieges“ Carl von Clausewitz ein bedeutender General gewesen sein musste, dessen Werk er jedoch nie gelesen hatte, machte sich hingegen intuitiv dessen Überlegungen, „dass der Krieg ein nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln“,<sup>42)</sup> zu eigen.

Moltke indes pochte auf die Eigengesetzlichkeiten des Militärischen und wollte genuin militärische Fragen dem Reichskanzler stets entziehen. „Seine“ militärischen Erfolge sowie die Niederlagen gegen Bismarck führten bei ihm zu einer Vernachlässigung elementarer Grundsätze vom (politischen) „Wesen des Krieges“. Zudem spiegelt sich dabei aber auch die generelle Spezialisierung im Zuge der Industrialisierung. Die Fragmentierung moderner Gesellschaften führt zu einem genuin militärischen Ressortdenken, das indes gerade auch dem Verfassungskonstrukt geschuldet war: Der Reichskanzler besaß keinen (politischen) Zugriff auf die Planungen des Generalstabes.

Die strenge Hierarchie im preußisch-deutschen Generalstab führte letztlich dazu, dass Generationen von Offizieren diese „Denkschule“ von Moltkes militärischer Interpretation seiner Engführung des Strategiebegriffs in Form einer Forderung „nach einer Trennlinie zwischen Politik und Strategie (...), die die Strategen vor Einmischung von ziviler Seite bewahren sollte (...) als einen Glaubenssatz“<sup>43)</sup> ansahen.

Für die Folge bzw. Traditionsbildung war es somit fast vollkommen unerheblich, ob die Postulate Moltkes Denken entsprachen oder ob sie nur in Reaktion auf (und Verbitterung über) Bismarcks Durchsetzungsfähigkeit beim Monarchen entstanden.

Moltke zog als Urbild des Generalstabsoffiziers Scharen von Elven nach sich, die seinem „operativen Genius“ huldigten, Bismarck hingegen folgte nichts dergleichen. In der Zeit des Kaiserreiches setzte sich sukzessive die militärische Betrachtungsweise sicherheitspolitischer Herausforderungen durch: „Es war eine große Schwäche Bismarcks (...), dass er zwar zu handeln, aber keine Tradition zu bilden verstand, dass er neben dem Offizierkorps Moltkes keine entsprechende Rasse [sic] von Politikern schuf, die sich mit seinem Staat und dessen neuen Aufgaben identisch fühlte, die fortgesetzt bedeutende Menschen von unten aufnahm und ihrem Takt des Handelns für immer einverlebte. Geschieht das nicht, so bleibt statt einer regierenden Schicht aus einem Guss eine Sammlung von Köpfen, die dem Unvorhergesehenen hilflos gegenübersteht.“<sup>44)</sup>

Fakt ist aber auch, dass diese Entwicklung erst nach Ausscheiden aus dem Amt und dem Tod beider Protagonisten wirkungsmächtig wurde. Bismarcks schwache Nachfolger im Amt und eine generelle „Militarisierung“ sicherheitspolitischer Lagebeurteilungen führten in der „Juli-Krise“ 1914 und dem Kriegsbeginn zum Fiasko, als die „Planungssicherheit“ der Mobilisierungsmaßnahmen (Schlieffenplan<sup>45)</sup>) in Widerspruch zur diplomatischen Lage geriet.<sup>46)</sup>

Als generelles Fazit kann vor dem Hintergrund dieser „strategischen“ Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und Moltke festgehalten werden: „Moltke ordnete Krieg und Frieden immer in militärische Szenarien ein, Bismarck in solche der praktischen Politik.“<sup>47)</sup> Insofern war Strategie für Moltke also stets lediglich genuin militärisch definiert, fast noch mehr verstanden als Kunst der operativen Führung, für Bismarck hingegen war das Militär einer von mehreren Faktoren im Rahmen seiner (außen-)politischen Vorstellungen einer Gesamtstrategie. So wie er sich aber hütete, den Militärs alle - von ihm als relevant bewerteten! - Überlegungen mitzuteilen, so gewöhnten sich diese später in der Zeit des Kaiserreiches an, „der Politik“ nichts von den eigenen Mobilisierungs- und Kriegsplanungen mitzuteilen. Damit begann jene verhängnisvolle Entwicklung, die dann in die Kulminationskatastrophe führte, die es nicht hätte geben müssen respektive dürfen. Und deshalb gilt: „Clausewitz lesen!“<sup>48)</sup>



#### ANMERKUNGEN:

- 1) Die Literatur über Bismarck ist sprichwörtlich „Legion“. Die Ausführungen basieren auf den folgenden Werken und werden - auch ihres allgemeinen Bekanntheitsgrades wegen - nicht immer im Einzelnen belegt: vgl. statt vieler Andreas Hillgruber: Otto von Bismarck. Gründer der europäischen Großmacht Deutsches Reich (= Persönlichkeit und Geschichte. Biographische Reihe. Band 101/102), Zürich u.a. 1978; Otto Pflanze: Bismarck. Bd. 1: Der Reichsgründer, Bd. 2: Der Reichskanzler, München 1997-1998; Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. 2. Auflage, Berlin 2002; Jonathan Steinberg: Bismarck. Magier der Macht, Berlin 2012; Rainer F. Schmidt: Bismarck. Realpolitik und Revolution. Eine Biographie, Stuttgart u.a. 2004 Bernd Heidenreich, Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Bismarck und die Deutschen, Berlin 2005. Mit journalistischem Touch vgl. Rudolf Augstein: Otto von Bismarck. Hain, Frankfurt am Main 1990; mit literarischem Anspruch vgl. Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk, 3 Bde., Rentsch, Erlenbach-Zürich 1941-1944.
- 2) Vgl. Johannes Willms: Bismarck - Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 1997.
- 3) Zit. nach Volker Ullrich: Otto von Bismarck, 3. Aufl. Reinbek 2005, S.61.
- 4) Die Werke Friedrichs des Großen, Bd. 6: Militärische Schriften, hg. v. Gustav Berthold Volz, Berlin 1913, S.8.
- 5) Hans-Christof Kraus: Ernst Ludwig von Gerlach, 2 Bde., Göttingen 1994.
- 6) Manfred Hank: Kanzler ohne Amt, München 1977.
- 7) Grundlegend: Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S.674-803; ders., Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S.11-84; noch immer äußerst lesenswert: Helmut Böhme (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879, Köln 1968.
- 8) Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg, hrsg. Josef Becker, Bd. 1: Spätjahr 1866 - 4. April 1870, Paderborn u.a. 2003, XLV-LXXXVI (= Kapitel „Zur Einführung“); Josef Becker: „Provozierter Defensivkrieg“ 1870, „Emser Legenden“ und „Sybel-Syndrom“ in der Bismarck-Historiographie. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, 21 (2011), S.5-72; Josef Becker: »Regierungspräsident« Bismarck, die Thronkandidatur von »Fürst« Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen in Madrid 1870 und der spanische »Regierungspräsident« Prim. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, 24 (2014), S.225-241.
- Die Gegenposition zu Josef Becker vertritt Eberhard Kolb: Der Kriegsausbruch 1870, Göttingen 1970.
- 9) Jost Düllfer: Bismarck und das Problem des europäischen Friedens, in: ders.: Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Köln u.a. 2003, S.41.
- 10) Zit. nach: Otto Pflanze, Bismarck, Bd. 1: Der Reichsgründer, München 1997, S.94 u. 95.
- 11) Karl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. v. Werner Hahlweg, 18. Aufl. Bonn 1973, S.990f.
- 12) Sönke Neitzel: Bismarck und die Generale - Zum Kampf um den Primat der Politik. In: Bismarck und die Deutschen, hrsg. Bernd Heidenreich: Hans-Christof Kraus und Frank-Lothar Kroll, Berlin 2005, S.89-101.
- 13) Zit. nach Willms, Bismarck, S.80.
- 14) Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin (W) u.a. 1980; Jonathan Steinberg: Bismarck. Magier der Macht, Berlin 2011.
- 15) Andreas Kaernbach: Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes, Göttingen 1991; Ernst Rudolf Huber: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1988; Wolfram Siemann: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871, Frankfurt/M. 1989.
- 16) Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 1: Altpreußische Tradition, München, S.159-329.
- 17) Fritz Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Stuttgart 2005; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 1,

München 2000.

- 18) Rede abgedruckt in: Bismarck: Die großen Reden, hrsg. und eingel. von Lothar Gall, Berlin (W) [1981], S.40-57. Ausführlich zitiert auch bei Rainer F. Schmidt: Otto von Bismarck (1815-1898). Realpolitik und Revolution, Stuttgart u.a. 2004, hier S.50.
- 19) Zu Moltke vgl. Eberhard Kessel: Moltke, Stuttgart 1957 und Olaf Jessen: Die Moltkes. Biographie einer Familie, München 2010.
- 20) Vgl. Eberhard Birk/Thorsten Loch/Peter Popp (Hrsg.): Wie Napoleon nach Waterloo kam. Eine kleine Geschichte der Befreiungskriege 1813-1815, Freiburg 2015.
- 21) Vgl. Eberhard Birk: Moltke und Königgrätz. Im Spannungsfeld von Militärischer Revolution und Revolution in Military Affairs (RMA). In: ÖMZ 5/2010, S.608-616.
- 22) Vgl. zur militärischen Bedeutung und (Fern-)Wirkung Roland G. Foerster (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 33), München 1991, ders., Das Operative Denken Moltkes des Älteren und die Folgen. In: MGFA (Hrsg.), Operatives Denken bei Clausewitz, Moltke, Schlieffen und Manstein, Freiburg 1989, S.19-42 und Gerhard P. Groß: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger, Paderborn 2012; Peter Paret (Hrsg.), Makers of Modern Strategy. From Machiavelli to the Nuclear Age, Oxford 1986, 281-325 (= Beiträge über Moltke von Hajo Holborn und Gunther E. Rothenberg).
- 23) Vgl. hierzu den Beitrag von Michael Salewski, Krieg und Frieden im Denken Bismarcks und Moltkes. In: Foerster (Hrsg.), Generalfeldmarschall von Moltke, S.67-88.
- 24) Zit. nach Manfred Görtemaker: Bismarck und Moltke. Der preußische Generalstab und die deutsche Einigung (= Friedrichsruher Beiträge, Bd. 21), Friedrichsruh 2004, S.37.
- 25) Zit. nach Volkmar Regling: Grundzüge der Landkriegführung zur Zeit des Absolutismus und im 19. Jahrhundert. In: MGFA (Hrsg.), Deutsche Militärgeschichte 1648-1939 (6 Bde), Band 6 Abschnitt IX, München 1983, S.11-425, hier, S.383.
- 26) Vgl. generell Jan Ganschow/Olaf Haselhorst/Maik Ohnezeit, Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. Vorgeschichte - Verlauf - Folgen, Graz 2013 und Winfried Vogel: Entscheidung 1864, das Gefecht bei Düppel im Deutsch-Dänischen Krieg und seine Bedeutung für die Lösung der deutschen Frage, Bonn 1996.
- 27) Vgl. Dierk Walter: Preußische Heeresreformen 1807-1870. Militärische Innovation und der Mythos der „Roonschen Reform“ (= Krieg in der Geschichte, Bd. 16), Paderborn 2003.
- 28) Vgl. etwa Arden Buchholz: Moltke and the German Wars 1864-1871, New York 2001, S.90.
- 29) In diesem Zusammenhang wird stets auf die Aussage des Kommandeurs der 6. Division, Generalleutnant Gustav von Manstein, am Morgen der Schlacht von Königgrätz verwiesen, der nach Erhalt des Befehls für die Schlacht gesagt haben soll: „Das ist alles sehr richtig, wer aber ist der General Moltke?“, zit. nach Max Jähns, Feldmarschall Moltke, Bd. 2, Berlin 1900, S.427.
- 30) Vgl. noch immer Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland - 1859 bis 1866, 2 Bde, Stuttgart/Berlin 1916 und Wolfgang von Groote/Ursula von Gersdorff (Hrsg.), Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen, Stuttgart 1966 sowie Klaus Müller, 1866: Bismarcks deutscher Bruderkrieg. Königgrätz und die Schlachten auf deutschem Boden, Graz 2007.
- 31) Zu ihm als Feldherr in diesem Krieg vgl. Eugen von Frauenholz, Die Heerführung des Feldmarschalls Prinz Carl von Bayern im Feldzug von 1866, München 1925.
- 32) Vgl. Oscar von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland (3 Bde.), Bd. 3, Berlin 1902, S.183.
- 33) Vgl. Heinz Helmert/Hansjürgen Usczeck: Preußischdeutsche Kriege von 1864 bis 1871. Militärischer Verlauf, 5. Aufl. Berlin (Ost) 1984, S. 143.
- 34) Graf von Schlieffen, Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1913, S.91.
- 35) Trevor N. Dupuy: Der Genius des Krieges. Das deutsche Heer und der Generalstab 1807-1945, 2. Aufl. Graz 2011, S.108.
- 36) Neben dem „Klassiker“ von Gordon A. Craig: Königgrätz. 1866 - eine Schlacht macht Weltgeschichte, 4. Aufl. Wien 1997 sind zu empfehlen die Studien von Thorsten Loch/Lars Zacharias, Königgrätz 1866. Die Operationen zwischen dem 22. Juni und 3. Juli 1866. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 48 (2010) 6, S.707-715 und dies., Betrachtungen zur Operationsgeschichte einer Schlacht. In: ÖMZ 49 (2011) 4, S.436-444.
- 37) Vgl. Winfried Baumgart: Bismarck und der deutsche Krieg 1866 im Lichte der Edition von Band 7 der „Auswärtigen Politik Preußens“, in: Historische Mitteilungen 20 (2007), S.93-115.
- 38) Vgl. Görtemaker: Bismarck und Moltke, S.37.
- 39) Vgl. zur Vorgeschichte des Krieges Josef Becker: Von Bismarcks „spanischer Diversion“ zur „Emser Legende“ des Reichsgründers. In: Johannes Burkhardt, Josef Becker, Stig Förster, Günther Kronenbitter: Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung (= Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg Nr. 49), München 1996, S.87-113 und ders., (Hrsg.), Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg (Band 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot Spätjahr 1866 - 4. April 1870), Paderborn 2002.
- 40) Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1898, S.96.
- 41) Zit. nach Görtemaker, Bismarck und Moltke, S.41.
- 42) Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980, Nachdruck 1991 (Erstpublikation Berlin 1831/34), S.210.
- 43) Gordon A. Craig: Die preußisch-deutsche Armee 1640-1945, Düsseldorf 1960, S.240.
- 44) Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte (Lizenzausgabe des Dt. Bücherbundes, München 1923), S.1115f.
- 45) Vgl. Gerhard P. Groß/Hans Ehlert/Michael Epkenhans (Hrsg.), Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, Paderborn 2006 (= Zeitalter der Weltkriege, 2).
- 46) Vgl. zuletzt Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- 47) Salewski: Krieg und Frieden, S.75.
- 48) Beatrice Heuser: Clausewitz lesen! Eine Einführung (= Militärgeschichte kompakt, Bd. 1), München 2005.